

Sandra Bilek-Steindl, Stefan Ederer, Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen

## Belegung der Weltwirtschaft, anhaltende Risiken für die Konjunktur

**Die Belegung des Welthandels und der Industrieproduktion deutet darauf hin, dass sich die Weltwirtschaft seit dem Sommer stabilisiert hat. Damit könnte der Tiefpunkt der schweren Rezession überwunden sein. Allerdings befinden sich Handel und Produktion in den Industrieländern nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau, und das Risiko eines Rückschlags ist hoch. Es geht vor allem vom labilen Finanz- und Bankensystem aus und erfordert eine anhaltend expansive Geld- und Budgetpolitik.**

Begutachtung: Gerhard Rünstler • Wissenschaftliche Assistenz: Martha Steiner • E-Mail-Adressen: [Sandra.Bilek-Steindl@wifo.ac.at](mailto:Sandra.Bilek-Steindl@wifo.ac.at), [Stefan.Ederer@wifo.ac.at](mailto:Stefan.Ederer@wifo.ac.at), [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at), [Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at)

Nach dem tiefsten Einbruch seit Jahrzehnten erholt sich der Welthandel seit dem Frühsommer 2009. Sein Volumen lag allerdings zuletzt immer noch um etwa ein Achtel unter dem Höchststand vom April 2008. Die stärksten Impulse für die Weltkonjunktur gehen zunächst von den asiatischen Schwellenländern aus. In China wird ein umfangreiches Konjunkturprogramm zur Stimulierung der Infrastrukturinvestitionen und der privaten Konsumnachfrage umgesetzt. Aufgrund des Exporteinbruchs hatte sich das Wirtschaftswachstum hier zwar in ähnlichem Ausmaß verlangsamt wie in den Industrieländern (von +13% 2007 auf etwa +7% 2009), doch setzte bereits im II. Quartal 2009 eine teils kräftige Expansion ein. Sie strahlt unterstützt von der Verbesserung der Bedingungen auf den Kapitalmärkten auf die gesamte Region aus. Die lateinamerikanischen Schwellenländer und die erdölexportierenden Länder profitieren von einer Erholung der Rohstoffpreise.

In den Industrieländern stützt vor allem die expansive Wirtschaftspolitik die Nachfrage. Die Geldpolitik ist nach wie vor expansiv, die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte sowie Ausgabenerhöhungen und Steuerensenkungen stärken die Nachfrage merklich. Die gelungene Abstimmung sowohl zwischen Geld- und Fiskalpolitik als auch zwischen den Ländern erhöht die Multiplikatoreffekte der Budgetpolitik. Allerdings wirken die zunehmende Sparneigung der privaten Haushalte und die Investitionszurückhaltung der Unternehmen dämpfend. Dies gilt vor allem für die USA, deren 2009 wirksame Konjunkturprogramme mit etwa 2% des BIP doppelt so umfangreich ausfielen als in der EU. Die öffentlichen und eingeschränkt auch die privaten Konsumausgaben begünstigen das BIP, es dürfte im Jahr 2009 dennoch real um 2,7% schrumpfen. Der Immobiliensektor – dessen Einbruch im Jahr 2007 den Auslöser für die Finanzkrise bildete – scheint den Tiefpunkt erreicht zu haben. Der Wirtschaftspolitik ist es mit großem Mitteleinsatz auch gelungen, das Finanzsystem vorerst zu stabilisieren. Weil "toxische Wertpapiere" in erheblichem Ausmaß in den Bilanzen aufscheinen und das Vertrauen zwischen den Finanzmarktakteuren nach wie vor nicht gefestigt ist, dürfte die Situation aber labil bleiben. Für das Jahr 2010 wird mit einem mäßigen Wachstum des BIP gerechnet. Dämpfend wirkt vor allem der Anstieg des Sparanteils am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, der die Konjunktur in den USA auch mittelfristig prägen dürfte.

Im Euro-Raum schrumpfte das BIP von Mitte 2008 bis Mitte 2009 kräftig, im Durchschnitt des Jahres 2009 dürfte es real um 4% zurückgehen. Seit Jahresmitte folgt dem tiefen Konjunktureenbruch eine vorsichtige Erholung der Produktion. Sie ist vor allem der expansiven Fiskalpolitik zuzuschreiben, die zunehmend nachfragewirksam wird, geht aber auch auf das Ende des Lagerabbaus und zunehmende Nachfrage aus

Asien zurück. Durch eine Zunahme der Nachfrage aus Nord- und Lateinamerika sowie von rohstoffexportierenden Ländern könnte sie verstärkt werden.

Innerhalb des Euro-Raumes verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. Besonders stark von der Krise betroffen waren jene Länder, in denen eine Immobilienpreisblase platzte (etwa Spanien und Irland) oder deren Wirtschaft überdurchschnittlich vom Export abhängt (etwa Deutschland und die Niederlande). In Frankreich fiel die Rezession deutlich verhaltener aus, weil die Konsumnachfrage stabilisierend wirkte. Die Wirtschaft dürfte im Euro-Raum im Jahr 2010 real um knapp 1% wachsen, die Erholung bleibt damit sehr schwach. Mehrere Faktoren wirken bremsend:

- Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen ist nach wie vor sehr niedrig; dies hemmt die Investitionsbereitschaft.
- Unter dem Druck des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der hohen Unsicherheit durch die Erschütterungen des Finanzsystems nimmt in vielen Ländern die Sparneigung der privaten Haushalte zu und dämpft so die Konsumnachfrage.
- Im Jahr 2010 werden nur noch wenige zusätzliche stimulierende Effekte der Fiskalpolitik wirksam.
- Die Lage vieler europäischer Banken ist nach wie vor labil; dies könnte die Bereitschaft zur Kreditvergabe beschränken.
- Der Euro wertet gegenüber dem Dollar stetig auf.
- Versuchen die Länder mit hohem Leistungsbilanzdefizit wie Spanien und Portugal, ihren Außenwirtschaftssaldo zu korrigieren, ohne dass die Überschussländer wie Deutschland, die Niederlande und Österreich ihre Binnennachfrage stimulieren, so droht ein zusätzlicher restriktiver Effekt auf den Wirtschaftsraum.

Aufgrund des tiefen Einbruchs der Produktion nahm die Arbeitslosenquote im Euro-Raum kräftig zu. Kurzarbeit erwies sich in vielen Ländern als sehr erfolgreiches Instrument zur Dämpfung des Beschäftigungseinbruchs. Dennoch dürfte die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 fast 11% der Erwerbspersonen erreichen. Bleibt die Konjunkturerholung verhalten, dann dürfte die Arbeitslosigkeit von sehr hohem Sockel ausgehend nur langsam sinken.

Die neuen EU-Länder wurden von der Wirtschaftskrise mehrfach getroffen: Die Rezession bei den westlichen Handelspartnern hatte einen Einbruch von Export und Industrieproduktion zur Folge, das Versiegen der Kapitalzuflüsse beeinträchtigte die in erheblichem Ausmaß kreditfinanzierte Konsum- und Baunachfrage. Während die polnische Wirtschaft, die weniger auf Außenhandel und internationale Kredite angewiesen ist, nicht schrumpfte, ging das BIP in den baltischen Ländern schon 2009 um etwa ein Fünftel zurück. In mehreren neuen EU-Ländern kann trotz der Stabilisierung der internationalen Konjunktur auch 2010 kein Wirtschaftswachstum erwartet werden. Unter dem Druck internationaler Kapitalgeber werden Sparpakete zusammengestellt, die Budgetpolitik wirkt vor allem in Ungarn, Rumänien und dem Baltikum stark prozyklisch.

## Expansion in Asien belebt die Weltwirtschaft

*Während in den USA und in Japan die Konjunktur auch 2010 noch gedämpft bleibt, liefern die asiatischen Schwellenländer Impulse für die Weltwirtschaft.*

Nach dem Einbruch der Weltkonjunktur im Frühjahr 2008 mehren sich die Hinweise auf eine Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2009 – wenn auch Ausmaß und Tempo je nach Region unterschiedlich sein dürften. Die Konjunkturprogramme, wie sie in vielen Ländern verabschiedet wurden, zeigen erste positive Effekte. Wichtige Indikatoren wie Industrieproduktion, Einkaufsmanagerindizes und Vertrauensindikatoren weisen, nach dem scharfen Rückgang im Jahr 2008, seit Anfang 2009 wieder aufwärts. Der Welthandel steigt nach dem Einbruch im 1. Halbjahr 2009 seit den Sommermonaten wieder. Auch auf den internationalen Aktienmärkten ziehen die Kurse wieder an, die Risikoaufschläge gehen allmählich zurück. Die Finanzmärkte in Industrie- und Schwellenländer scheinen sich zu stabilisieren (Balakrishnan et al., 2009). Aufgrund des starken Rückgangs zu Jahresbeginn dürfte die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt 2009 um 1,2% schrumpfen, für 2010 wird mit einem mäßigen Wachstum gerechnet. Auch der Welthandel wird nach dem Einbruch des Jahres 2009 im nächsten Jahr wieder leicht expandieren.

In China und Indien wächst die Wirtschaftsleistung 2009 nur rund halb so stark wie im Jahr 2007. Der internationale Nachfrageausfall belastet die Industriekonjunktur dieser stark exportorientierten Volkswirtschaften. Die chinesische Regierung verabschiedete für 2009 und 2010 umfangreiche Konjunkturpakete, vor allem zum Ausbau der Infrastruktur. Das BIP wird 2009 um 7% und 2010 etwas stärker wachsen.

In den lateinamerikanischen Schwellenländern wurde die Wirtschaftsentwicklung neben dem internationalen Nachfrageeinbruch auch durch den starken Rückgang der Rohstoffpreise beeinträchtigt. Diese Entwicklung kehrt sich nun zugunsten der rohstoffproduzierenden Länder um. Der HWWI-Index der Weltmarktrohstoffpreise, welcher Nahrungs- und Genussmittel sowie Energie- und Industrierohstoffe umfasst, steigt gegenüber dem Vorquartal auf Dollarbasis seit dem II. Quartal 2009. Rohöl der Sorte Brent notierte im September 2009 im Durchschnitt bei 67,4 \$, nach 43,1 \$ im Februar 2009.

### Übersicht 1: Wirtschaftswachstum

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	BIP, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Welt	+ 4,5	+ 5,1	+ 5,1	+ 3,1	- 1,2	+ 2,0
China	+ 10,4	+ 11,6	+ 13,0	+ 9,0	+ 7,0	+ 7,5
USA	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,1	+ 0,4	- 2,7	+ 1,0
Japan	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	- 0,7	- 5,5	+ 0,5
EU 27	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,9	- 4,0	+ 0,6
Euro-Raum	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,7	- 4,0	+ 0,8
Deutschland	+ 0,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,3	- 5,0	+ 1,0
Frankreich	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,4	- 2,0	+ 1,1
Italien	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,6	- 1,0	- 4,8	+ 0,2
Spanien	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,7	+ 1,2	- 3,5	- 0,3
Österreich	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,0	- 3,4	+ 1,0
Großbritannien	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,7	- 4,5	± 0,0
Polen	+ 3,6	+ 6,2	+ 6,8	+ 4,9	+ 1,2	+ 2,0
Ungarn	+ 3,9	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	- 6,4	- 0,9
Tschechien	+ 6,3	+ 6,8	+ 6,1	+ 3,0	- 4,0	+ 1,2
10 neue EU-Länder <sup>1)</sup>	+ 4,9	+ 6,7	+ 6,3	+ 4,2	- 3,8	+ 0,8

Q: Eurostat, IWF, WIFO. 2009, 2010: WIFO-Prognose vom September 2009. – <sup>1)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Die Verbraucherpreise werden im Jahr 2009 im Vorjahresvergleich vor allem durch den Basiseffekt der Energieverbilligung bestimmt. Die Teuerung ließ deshalb seit Jahresbeginn deutlich nach, in vielen Industrieländern sank das Preisniveau sogar. Die internationale Konjunkturerholung wird die Nachfrage nach Energieträgern auch 2010 etwas beleben. Aufgrund der anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten und der hohen Arbeitslosigkeit dürfte die Inflation trotz der massiven Geldmengen- ausweitung durch die Notenbanken im Jahr 2010 erneut sehr niedrig ausfallen.

Während die Konjunkturerholung in den Schwellenländern dynamischer vorankommt, verläuft sie in den Industrieländern gedämpft. Die Belebung der Industrieproduktion setzte hier verspätet und abgeschwächt ein (*Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*, 2009). Dennoch war in den meisten Industrieländern bereits im II. Quartal 2009 eine vorsichtige Stabilisierung zu beobachten. So wuchs nach vier Quartalen mit negativen Raten das reale BIP in Japan im II. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,6%. Konjunkturfördernde Maßnahmen belebten den privaten Konsum. Die japanische Wirtschaft, welche vom internationalen Nachfrageeinbruch sehr stark getroffen wurde, dürfte nach dem Rückgang 2008 und 2009 im kommenden Jahr wieder leicht expandieren. Das Ausmaß der Erholung hängt in Japan wesentlich von der Entwicklung bei den asiatischen Handelspartnern, insbesondere in China ab.

In den USA stieg die Wirtschaftsleistung im III. Quartal wieder (+0,9%). Deutlich expansiv wirkten die öffentlichen Konsumausgaben, die private Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und der Export; die Investitionen wurden im Wohnbau ausgeweitet, hingegen gingen sie im Nicht-Wohnbau weiter zurück. Auf dem Immobilienmarkt sind erste Zeichen einer Erholung zu verzeichnen: Der seit Herbst 2007 beo-

bachtete Preisverfall kam im Mai 2009 im Vormonatsvergleich zum Stillstand. Dennoch lag der Case-Shiller Home Price Index im August 2009 noch um 11% unter dem Vorjahreswert.

Die stark expansive Fiskalpolitik und der Lagerzyklus dürften auch in den nächsten Quartalen einen nennenswerten Beitrag zur Expansion liefern. Nach dem deutlichen Lagerabbau in den vergangenen Quartalen reagieren die Unternehmen bereits auf ein geringes Anziehen der Nachfrage mit einer Ausweitung der Produktion. Während der Absturz des Leading Indicator der OECD bereits im April zu Ende war, liegt der ISM Purchasing Manager Index seit August erstmals seit 13 Monaten über der 50%-Marke, welche eine Expansion anzeigt. Auch die Industrieproduktion stieg im Juli und August, nachdem sie seit Jänner 2008 im Vormonatsvergleich fast ausnahmslos rückläufig gewesen war, teils auch wegen der Verschrottungsprämie für Autos ("cash for clunkers"). Trotz der jüngsten Produktionsausweitung lag die Kapazitätsauslastung in der Industrie im August mit 69,9% weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 80,9% (1972/2008).

Neben der Fiskalpolitik wirkt auch die Geldpolitik weiterhin stark expansiv. Der Leitzinssatz liegt seit Dezember 2008 zwischen 0% und 0,25%. Zudem verliert der Dollar seit dem Frühjahr 2009 wieder allmählich an Wert und notierte im Oktober bei 1,48 \$ je Euro.

Die expansive Fiskalpolitik wird die Wirtschaft der USA auch 2010 stützen, sodass mit einem mäßigen Wachstum von 1% zu rechnen ist. Auch auf mittlere Sicht wird die Wirtschaft langsamer wachsen als in der Vergangenheit, vor allem weil die Sparquote der privaten Haushalte wegen der Vermögensverluste auf den Aktien- und Immobilienmärkten und dem beträchtlichen Verschuldungsgrad steigt.

## Langsame Erholung im Euro-Raum und in Großbritannien

*Trotz der allgemeinen Konjunkturstabilisierung zeigen sich unter den großen Volkswirtschaften landesspezifische Unterschiede. Besonders in Spanien und Großbritannien dämpft die Immobilienkrise nach wie vor die Wirtschaftsleistung.*

Die Wirtschaft befindet sich im Euro-Raum am Beginn einer Erholung aus der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Das reale BIP schrumpfte im II. Quartal 2009 gegenüber der Vorperiode noch um 0,2%, nach einem Rückgang von bis zu 2½% in den zwei Quartalen zuvor, und lag damit um 4% unter dem Niveau des Vorjahres. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum erwies sich in der aktuellen Krise als stabilisierender Faktor, während die Investitionen und vor allem die Exporte einbrachen. Der Tiefpunkt der Rezession dürfte nun durchschritten worden sein. Die Industrieproduktion begann sich nach dem starken Rückgang 2008 bereits im Frühjahr 2009 zu stabilisieren, seit Mai steigt sie im Vormonatsvergleich wieder, wenngleich sie auch im August noch um über 15% unter dem Wert des Vorjahres blieb. Aus den Umfrageergebnissen der Europäischen Kommission zu Auftragslage und Produktionserwartungen ist auf eine weitere Ausweitung der Industrieproduktion in den nächsten Monaten zu schließen. Die Belebung ist jedoch auch auf Sonderfaktoren zurückzuführen.

Viele Länder haben umfangreiche konjunkturpolitische Maßnahmen verabschiedet, welche bereits im II. Quartal erste Wirkungen zeigten. Sie umfassen Infrastrukturprogramme, Steuersenkungen sowie die Verschrottungsprämien, jeweils in unterschiedlicher Ausprägung. Auch die Geldpolitik wirkt expansiv, der Leitzinssatz liegt seit Mai 2009 bei 1%. Während die zeitlich befristeten Verschrottungsprämien der Industrieproduktion vor allem im 2. Halbjahr 2009 Impulse geben sollten, dürften einkommensstärkende Maßnahmen und Infrastrukturprogramme die Wirtschaft darüber hinaus auch 2010 stabilisieren. Neben konjunkturpolitischen Maßnahmen kommen auch vom Lagerzyklus positive Effekte für die Nachfrage. Für 2010 wird ein mäßiges Wachstum der Wirtschaft im Euro-Raum von knapp 1% prognostiziert. Die erhebliche Unterauslastung der Kapazitäten wird die Investitionsnachfrage weiterhin dämpfen. Da die Nachfrage aus den USA und aus Ostmitteleuropa gedämpft bleiben dürfte, ist auch vom Export kein starker Impuls zu erwarten.

Die Rezession erfasste die meisten Volkswirtschaften im Euro-Raum im Frühjahr 2008, das reale BIP brach allerdings erst im IV. Quartal 2008 und im I. Quartal 2009 stark ein. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung wegen der hohen Abhängigkeit vom Export über vier Quartale hinweg besonders stark. Im II. Quartal 2009 expandierte das deutsche BIP gegenüber der Vorperiode um 0,3%, lag damit aber immer

noch um 7,1% unter dem Niveau des Vorjahres. Neben dem Außenbeitrag stützen auch private und öffentliche Konsumausgaben die Wirtschaft. Nach der Einführung der Verschrottungsprämie etwa wurden im 1. Halbjahr 2009 um 23% mehr Kraftfahrzeuge gekauft als im Vorjahr, sie wurden nur zum Teil importiert. Die deutsche Wirtschaft wuchs auch im III. Quartal weiter; 2010 wird die Wachstumsrate etwas über dem Durchschnitt des Euro-Raums liegen. Starke Impulse aus dem Ausland fehlen, und auch die Binnennachfrage wird 2010 keine treibende Kraft für einen selbsttragenden Aufschwung sein. Die hohe Arbeitslosigkeit und die anhaltende Unterauslastung der Kapazitäten dämpfen die Konsum- und Investitionsbereitschaft.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt, real

Saisonbereinigt



Q: Eurostat.

In Frankreich verlief die Rezession vergleichsweise milde, weil die Industrie relativ wenig exportorientiert ist. Die Investitionen wurden deshalb unterdurchschnittlich eingeschränkt. Die privaten Konsumausgaben stabilisierten die Konjunktur, sie expandierten auch im II. Quartal 2009. Die staatlichen Konjunkturprogramme zeigten erste Wirkungen, sodass die Wertschöpfung im II. Quartal real um 0,3% stieg. Für das 2. Halb-

jahr deuten Vorlaufindikatoren auf eine anhaltend mäßige Ausweitung der Wirtschaftsleistung hin. Auch die Industrieproduktion steigt im Vormonatsvergleich seit Mai wieder stetig, im August sogar um 1,9%. Im gesamten Jahr 2009 wird der Rückgang in Frankreich geringer ausfallen als im Durchschnitt des Euro-Raums, 2010 ist mit einer etwas überdurchschnittlichen Zuwachsrate zu rechnen.

Im Gegensatz zu den anderen großen Ländern des Euro-Raums hatte die Krise in Italien bereits im Jahr 2008 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung ausgelöst. Die Industrie leidet unter einer geringen internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Im Zuge der Rezession verschlechterte sich die Situation weiter, da die Lohnstückkosten trotz mäßiger Lohnerhöhungen weiter stiegen. Weil die Binnennachfrage träge und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gering ist, wird die Wirtschaft auch im Jahr 2010 kaum wachsen.

In Spanien setzte die Rezession erst im III. Quartal 2008 ein. Im II. Quartal 2009 schrumpfte die Wirtschaft erneut deutlich (-1,1%). In der Industrieproduktion war bis zuletzt (August) keine Erholung zu beobachten. Die Wirtschaft leidet unter dem weltweiten Nachfragerückgang und der Immobilienmarktkrise. Sehr hohe Arbeitslosigkeit und Überkapazitäten in der Bauwirtschaft drücken die Konsumnachfrage der privaten Haushalte und die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Allerdings dämpft die Abnahme der Binnennachfrage auch die Importe, sodass sich der Außenbeitrag erhöht. Für das kommende Jahr ist keine Erholung in Sicht, vielmehr muss mit einem weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet werden.

Aufgrund ihrer hohen Exponiertheit im Finanzdienstleistungssektor ist auch die Wirtschaft Großbritanniens noch länger von den Auswirkungen der Krise betroffen. Die starke Expansion dieses Bereichs war in den letzten Jahren der Motor der Gesamtwirtschaft. Würde der Sektor aufgrund der Finanzmarktkrise auf das Niveau des Jahres 2000 zurückfallen, so wäre damit ein jährlicher Verlust an Wirtschaftsleistung von 1,9% verbunden (Weale, 2009). Im II. Quartal 2009 schrumpfte das reale BIP neuerlich deutlich (-0,6%). Auf dem Immobilienmarkt sind nun erste Anzeichen einer Stabilisierung zu erkennen. Im Jahr 2010 dürfte die britische Wirtschaft stagnieren.

Trotz positiver Konjunktursignale bleiben die Risiken für eine Erholung der Wirtschaft im Euro-Raum hoch. Die Wertberichtigungen im Finanzbereich sind noch nicht abgeschlossen, die Banken verschärfen die Kreditvergabestandards. Die hohe Arbeitslosigkeit und die beginnende Diskussion über eine rasche Budgetkonsolidierung beeinträchtigen die Konsumentenstimmung. Auch eine rasche Abwertung des Dollars könnte die Erholung im Euro-Raum gefährden.

## Konjunktur bleibt auch in den neuen EU-Ländern schwach

*In den ostmitteleuropäischen EU-Ländern leidet die Wirtschaft unter dem Einbruch der exportorientierten Industrie, aber zunehmend auch unter der Schwäche der Binnennachfrage.*

Die Wirtschaft der 10 neuen EU-Länder<sup>1)</sup> wurde von der weltweiten Rezession schwer getroffen. Bereits im Herbst 2008 schwächte sich das Wachstum ab bzw. die gesamtwirtschaftliche Produktion begann zu sinken. Anfang 2009 verschärfte sich diese Entwicklung deutlich. Im Frühjahr und Sommer war jedoch in den meisten Ländern wieder eine Verlangsamung der Abwärtsbewegung zu beobachten. Ausnahmen von dieser Entwicklung sind einerseits Polen, das als einziges Land ein Wachstum verzeichnet, und die baltischen Länder, in denen die Konjunktur früher und schärfer einbrach als in den anderen Ländern.

Die weltweite Rezession beeinträchtigt die Binnenkonjunktur über verschiedene Kanäle: zum einen über den Außenhandel und den Ausfall der Auslandsnachfrage, zum anderen über die internationalen Finanzmärkte durch das Versiegen der Kapitalströme aus dem Ausland, den Anstieg der Kreditkosten sowie die Volatilität und den Verfall der Wechselkurse.

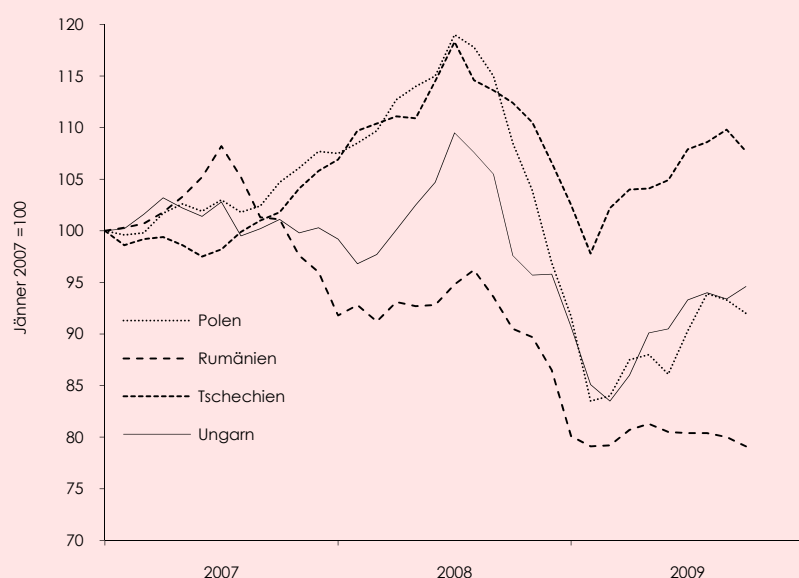
Für kleine exportorientierte Volkswirtschaften ist der Rückgang der Nachfrage aus dem Ausland das größte Problem. Die Warenexporte tragen etwa in der Slowakei, in Tschechien und Ungarn rund 70% zum BIP bei. Mit dem Einbrechen der Industrieproduktion bei den Haupthandelspartnern in der EU 15 nahmen die Exporte der neuen EU-Länder drastisch ab. Polen ist aufgrund seiner niedrigen Exportquote (33,2%) weniger belastet.

<sup>1)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Insbesondere in den baltischen Ländern, in Bulgarien, Rumänien und Ungarn waren vor der Krise die Auslandsverschuldung, das Leistungsbilanzdefizit sowie der Fremdwährungsanteil an den Haushalts- und Unternehmenskrediten hoch (zum Teil weit über 50%). Dies brachte eine große Abhängigkeit von der Finanzierung aus dem Ausland mit sich. Die Finanzkrise hatte einen Einbruch der Kapitalimporte zur Folge. Der dadurch entstehende Abwertungsdruck verstärkte die Kapitalflucht und erhöhte die Kreditkosten. Zusammen mit dem Ausfall der Auftragseingänge und einer geringen Kapazitätsauslastung bewirkte das einen drastischen Rückgang der Investitionen. Auch die privaten Konsumausgaben verringerten sich deutlich.

In allen Ländern mit flexiblen Wechselkursen – Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn – zog die hohe Kapitalflucht eine erhebliche Abwertung nach sich. Dies verbesserte zwar die Wettbewerbsfähigkeit und machte den Ausfall der Auslandsnachfrage teilweise wett, erhöhte aber die Kosten der Fremdwährungskredite. In Ländern mit fixen Wechselkursen musste die Zentralbank zur Stützung der Währung intervenieren. Weil die Kapitalzuflüsse ausblieben, waren Estland, Polen, Rumänien und Ungarn gezwungen, IWF-Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Abbildung 2: Wechselkursentwicklung in Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn  
Euro je Landeswährung



Q: Europäische Zentralbank.

Der Rückgang der Binnennachfrage und der Energiepreise bewirkte eine besonders starke Einschränkung der Importe. Dadurch verbesserten sich die Leistungsbilanzen, die vor der Krise stark defizitär gewesen waren. Auch die Gewinneinbußen ausländischer Unternehmen trugen zu dieser Entwicklung bei.

Die Stabilisierung der Konjunktur durch fiskalpolitische Maßnahmen fiel in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus. In Bulgarien, Slowenien und Tschechien sowie in geringerem Ausmaß in Polen und der Slowakei agierte die Fiskalpolitik antizyklisch. In Bulgarien und Tschechien war dies aufgrund der guten Ausgangslage der öffentlichen Haushalte möglich. In Slowenien traten die fiskalpolitischen Maßnahmen an die Stelle einer Abwertung, die aufgrund der Teilnahme an der Währungsunion nicht mehr möglich ist. In den baltischen Ländern, in Rumänien und Ungarn hingegen wurde die Fiskalpolitik prozyklisch gestaltet, auch aufgrund der Vereinbarungen mit dem IWF zur Senkung des Budgetdefizits. Dies dämpft die Binnennachfrage weiter.

Auch die Geldpolitik begegnet der Krise in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Während Länder mit fixen Wechselkursen keine eigenständige Geldpolitik betreiben können, wurden die Zinssätze in Bulgarien, Polen und Tschechien stark gesenkt. Die

Slowakei und Slowenien profitierten als Euro-Länder von der Niedrigzinspolitik der EZB. Um Kapitalflucht zu verhindern, blieben die notwendigen Zinssatzsenkungen in Rumänien und Ungarn aus. Beide Länder kombinieren daher restriktive Fiskalpolitik mit restriktiver Geldpolitik.

Mit der erwarteten leichten Erholung im Euro-Raum dürften sich in der zweiten Jahreshälfte 2009 auch die Exporte der neuen EU-Länder beleben. Vor allem offene Volkswirtschaften wie die Slowakei, Tschechien und Ungarn könnten vom Anziehen des Welthandels profitieren. Die Auftragseingänge der Industrie stabilisieren sich seit Mitte 2009 bereits etwas. Auch die meisten Vertrauensindikatoren steigen seit dem Frühjahr 2009 leicht. Die Arbeitslosigkeit nimmt jedoch durchwegs weiter stark zu. Dies wird die privaten Konsumausgaben daher auch im Jahr 2010 dämpfen. Der Kreditmarkt bleibt angespannt. Zusammen mit der geringen Kapazitätsauslastung dämpft dies die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Der Spielraum zur Ausweitung der öffentlichen Verschuldung ist in den neuen EU-Ländern begrenzt. Am größten ist er aufgrund der soliden Ausgangsposition in Tschechien. Mehrere Länder können wegen hoher Staatsverschuldung oder einer Vereinbarung mit dem IWF keine fiskalpolitischen Impulse setzen. Insgesamt wird sich die Binnennachfrage daher schwach entwickeln. In Kombination mit der Belebung der Exporte werden daher die Leistungsbilanzdefizite und damit die Ungleichgewichte innerhalb der EU weiter abgebaut.

Die Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsproduktes liegen in der Region mit Ausnahme der baltischen Länder nahe dem EU-Durchschnitt: In Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Ungarn geht das BIP im Jahr 2009 stärker zurück und wird sich 2010 stabilisieren. Als einziges Land dieser Ländergruppe verzeichnet Polen 2009 ein Wirtschaftswachstum. Die baltischen Länder werden auch im Jahr 2010 nicht aus der Rezession finden.

Die Inflation liegt heuer in allen neuen EU-Ländern mit Ausnahme von Estland und Tschechien über dem EU-Durchschnitt. In den baltischen Ländern ist aufgrund des dramatischen Einbruchs der Produktion eine Deflation zu erwarten.

Die Konjunkturaussichten für die Ländergruppe sind mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Nach wie vor ist die Stabilität des Bankensystems fragil. Die Banken werden großteils durch Kapitaltransfer ihrer Mutterunternehmen in der EU unterstützt. Aufgrund der ungünstigen Wirtschaftslage und des hohen Anteils der Fremdwährungskredite drohen Kreditausfälle.

## Weltweite Ungleichgewichte gefährden die Konjunkturerholung

*Die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft bleiben bestehen und könnten die Erholung behindern.*

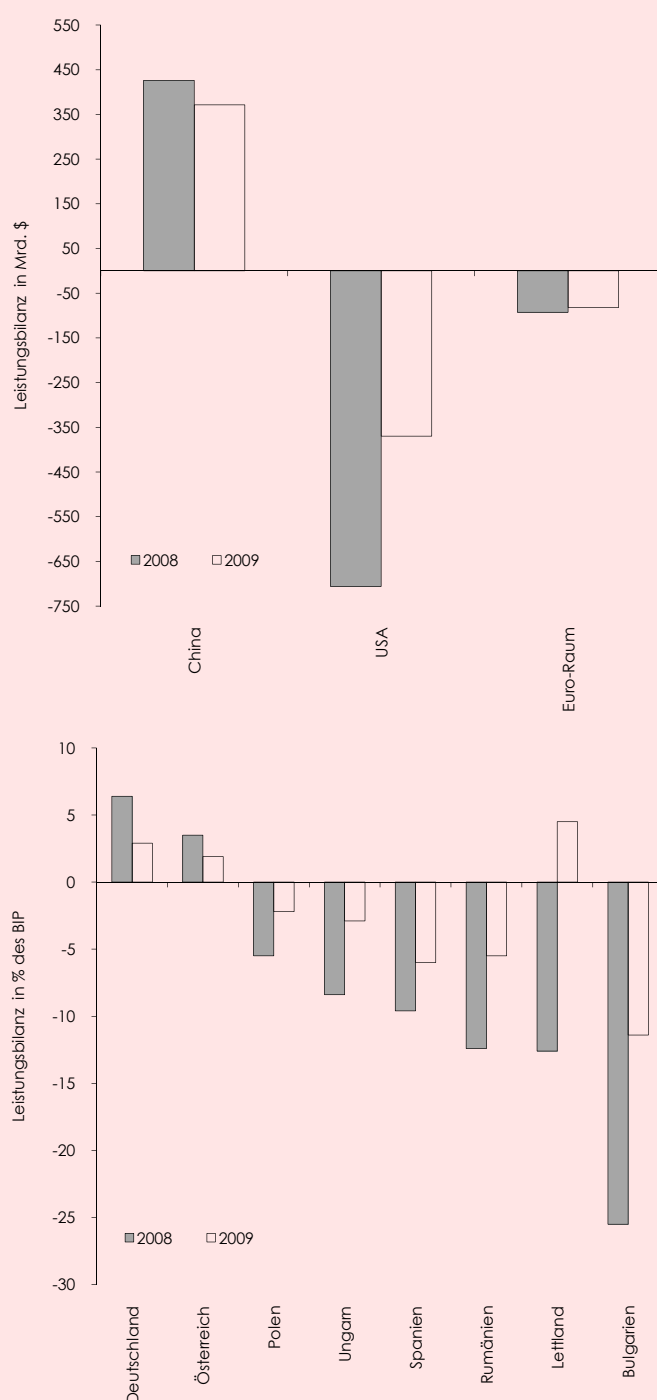
In den Jahren vor dem Ausbruch der Krise im Jahr 2008 bauten sich in der Weltwirtschaft zunehmende Ungleichgewichte auf, die die Weltwirtschaft verwundbar machten. Sie wurden einerseits von den Blasen auf den Immobilien- und Vermögensmärkten verursacht, andererseits aber auch durch die Fokussierung der Länder mit Leistungsbilanzüberschuss auf die Exportwirtschaft. Beides trug entscheidend zu einem weltweiten Boom bei. Das Ausmaß der Leistungsbilanzungleichgewichte verschärfte nicht nur die Krise, sondern bildet auch ein Risiko für den Aufschwung.

Der weltweite Boom der Jahre 2005/2007 wurde in hohem Maß von den USA als Motor der Weltkonjunktur getragen: Die starke Steigerung von Konsumausgaben und Bauinvestitionen bewirkte eine Ausweitung der Importe und stimulierte dadurch den Welthandel und die Exporte der anderen Industrieländer und der Schwellenländer. Seit dem Jahr 2001 (3,9% des BIP) stieg das Leistungsbilanzdefizit der USA kontinuierlich und erreichte 2006 einen Höchstwert von 6% des BIP. Die Sparquote der privaten Haushalte sank in diesem Zeitraum drastisch (2007: 0,6%), die USA verschuldeten sich zunehmend im Ausland.

Finanziert wurde die Verschuldung der USA hauptsächlich von den asiatischen Ländern mit Leistungsbilanzüberschuss, insbesondere China. Dort war das Wachstum zu einem guten Teil exportgetrieben, während sich die Binnennachfrage eher schwach entwickelte. Chinas Leistungsbilanzüberschuss stieg im Jahr 2007 auf fast 400 Mrd. \$. Die Sparguthaben wurden wiederum vor allem in den USA investiert und damit deren Leistungsbilanzdefizit finanziert. Der Aufwertungsdruck auf die chinesische Währung wurde so verringert.



Abbildung 3: Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft



Q: IWF, World Economic Outlook, Oktober 2009. 2009: Prognose.

Insgesamt trug die EU wegen ihres geringen Leistungsbilanzsaldos wenig zu dieser weltweiten Entwicklung bei. Allerdings entstanden innerhalb der EU große Ungleichgewichte, die zum Teil aufgrund der gemeinsamen Währung oder fester Wechselkurse zum Euro nicht durch Auf- oder Abwertung ausgeglichen werden konnten. Die Leistungsbilanzen der meisten neuen EU-Länder sowie Spaniens waren vor der Krise stark defizitär, während Deutschland einen hohen Überschuss verzeichnete (Abbildung 3). Die Entwicklung in Deutschland ging vor allem auf die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dank der zurückhaltenden Lohnentwicklung zurück, jene in Spanien und den baltischen Ländern auf das Entstehen eines Immobilien- und Konsumbooms (Ederer – Marterbauer – Walterskirchen, 2009).

Die hohen Ungleichgewichte trugen zu einem beträchtlichen Abwärtspotential und der rasanten weltweiten Ausbreitung der Krise aus den USA bei. Die stark exportorientierten Volkswirtschaften wie China oder Deutschland wurden vom Rückgang des Welthandels stark getroffen. Andererseits führte die Kapitalflucht aus den meisten europäischen Defizitländern zu einem Einbruch bei Investitionen und Konsum.

Durch die Krise wurden die weltweiten Ungleichgewichte teilweise abgebaut. Aufgrund der weltweiten Rezession ging das Leistungsbilanzdefizit in den USA, in einigen EU-Ländern (z. B. Spanien) sowie in den neuen EU-Ländern in Ostmitteleuropa drastisch zurück, in erster Linie weil die Importe und die Energiepreise rasch sanken. Andererseits verringerten sich auch die Exporte von Überschussländern wie den erdöl-exportierenden Ländern, Deutschland und Japan.

Nach Bewältigung der Krise werden die weltweiten Ungleichgewichte allerdings wieder zunehmen: Ein Anstieg der Rohölpreise wird den Leistungsbilanzsaldo der erdöl-exportierenden Länder verbessern, während das Anziehen der Industrieproduktion den Überschuss von Deutschland und Japan erhöhen wird. Eine Aufwertung gegenüber dem Dollar könnte diese Entwicklung allerdings abschwächen.

Eine ähnlich drastische Entwicklung der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft wie vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 ist jedoch nicht zu erwarten. Weil in den USA das Vermögen vieler Privathaushalte vernichtet wurde, steigt die Sparquote bereits deutlich. Auch in zahlreichen europäischen Ländern wurden die privaten Vermögenswerte stark geschädigt. Das Platzen der Immobilienpreisblasen beeinträchtigte den Bausektor nachhaltig. Die Importquote der bisherigen Defizitländer wird daher nicht mehr dasselbe Ausmaß erreichen wie vor der Krise.

Andererseits wurde die Ausweitung der Binnennachfrage in China und Deutschland bisher nicht von Konsum oder privaten Investitionen getragen, sondern in erster Linie von den Staatsausgaben. Auf Dauer kann die Fiskalpolitik jedoch diesen expansiven Kurs nicht aufrecht erhalten. Um die Ungleichgewichte langfristig abzubauen, muss die Binnennachfrage in den bisherigen Überschussländern kräftiger steigen als in den Defizitländern. Eine Änderung der Politik zeichnet sich bislang jedoch nur teilweise ab. In Deutschland etwa sind noch keinerlei Anzeichen einer expansiveren Lohnpolitik zu erkennen. Auch China hat bisher noch keine Aufwertung seiner Währung zugelassen; die Regierung will zwar die Konsumnachfrage stärken, wieweit ihr das gelingt, ist jedoch offen.

Auch eine Koordination der Länder im Euro-Raum, um wie geplant die Budgetdefizite zu verringern, zeichnet sich noch nicht ab. Die bisherigen Defizitländer weisen meist auch eine hohe Staatsverschuldung auf und müssen ihre öffentlichen Ausgaben drastisch einschränken. Dies könnte eine weitere Verschärfung der Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums bewirken. Eine weniger restriktive Budgetpolitik und ein langsamerer Abbau des Budgetdefizits in Deutschland würden dieser Entwicklung entgegen wirken.

Die Alternative eines Abbaus der Ungleichgewichte über eine anhaltende weltweite Stagnation oder Rezession ist theoretisch zwar möglich, aber aufgrund der negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den weltweiten Wohlstand nicht zu empfehlen. Auch eine Abwertung des Dollars könnte zu einer ausbalancierten Entwicklung beitragen, jedoch nur wenn China bereit ist, seine Währung im selben Ausmaß aufzuwerten. Eine starke Dollarabwertung könnte allerdings wiederum negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben.

## Markanter Anstieg des Budgetdefizits

Begünstigt von der Hochkonjunktur verbesserte sich der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors in den Industrieländern bis ins Jahr 2007 kontinuierlich. Im Euro-Raum war er nahezu ausgeglichen, in den USA, in Großbritannien und Japan betrug er etwa  $-2\frac{1}{2}$  % des BIP. Doch für das Jahr 2009 muss mit einem Budgetdefizit von mehr als 6% des BIP im Euro-Raum und mehr als 10% des BIP in den USA, in Großbritannien und Japan gerechnet werden. In Irland und Spanien, die während des Immobilienbooms noch einen Budgetüberschuss aufwiesen, steigt das Defizit ebenfalls über die Marke von 10% des BIP.

Die starke Ausweitung des Defizits der öffentlichen Haushalte trägt wesentlich dazu bei, dass der Konjunkturereinbruch gedämpft wird. Eine besonders wichtige Rolle spielen dabei die automatischen Stabilisatoren: Der Einbruch der Gewinne sowie die verhaltene Entwicklung der Lohnsumme und der Konsumnachfrage der privaten Haushalte dämpfte das Aufkommen nahezu aller Steuern merklich. Gleichzeitig erhöhte vor allem der markante Anstieg der Arbeitslosigkeit die Staatsausgaben. Nach Berechnungen des IWF gehen etwa zwei Drittel der Ausweitung des öffentlichen Finanzierungsdefizits in den großen Industrieländern auf die automatischen Stabilisatoren zurück: je höher der Staatsanteil am BIP, desto mehr.

Im Durchschnitt etwa ein Drittel der Zunahme des Staatsdefizits bewirken diskretionäre Maßnahmen zur Bekämpfung des Konjunkturereinbruchs. Die Kapitalbeteiligung an Finanzinstituten trägt dazu nicht bei, sie erhöht kurzfristig nur die Staatsschuld, mittelfristig hat aber auch sie Auswirkungen auf das Defizit. Die im Jahr 2009 budgetwirksamen Stimulierungsmaßnahmen dürften in den USA etwa 2% des BIP ausmachen. In der EU sind sie im Durchschnitt mit etwa 1% des BIP nur halb so hoch (Saha – von Weizsäcker, 2009). Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass der Konjunkturereinbruch in der EU fast doppelt so scharf ausfiel wie in den USA.

Allerdings unterscheidet sich das Ausmaß der diskretionären Maßnahmen innerhalb der EU erheblich. Aufgrund der vielfältigen Formen der Maßnahmen, der unterschiedlichen staatlichen Ebenen und des Einsatzes außerbudgetärer Fonds ist ein Vergleich zwischen den Ländern schwierig. Eine Untersuchung des Bruegel-Instituts weist für das Jahr 2009 die umfangreichsten Konjunkturpakete in Österreich, Deutschland, Großbritannien und Schweden aus (etwa 1½% des BIP; Saha – von Weizsäcker, 2009). Die österreichischen Programme dürften dabei etwas unterschätzt werden, das WIFO rechnet mit einem 2009 wirksamen Volumen von gut 2% des BIP (Breuss – Kaniowski – Schratzenstaller, 2009).

Manche Länder setzen über die Wirkung der automatischen Stabilisatoren hinaus keine Maßnahmen. Im Euro-Raum gilt dies für Italien, Irland und Griechenland, vor allem wegen der ohnehin schon äußerst angespannten Finanzlage des Staates. Auch viele ostmitteleuropäische EU-Länder beschlossen bislang keine zusätzlichen Staatsausgaben oder Steuererhöhungen. In manchen Ländern wirkt die Budgetpolitik sogar prozyklisch, etwa in Ungarn oder Lettland, vielfach wegen der Austeritätsmaßnahmen, die von IWF und anderen Geldgebern verlangt werden.

*In allen Industrieländern verschlechtert sich derzeit der Finanzierungssaldo des Staates markant. Damit wird der Einbruch des BIP gebremst. Der Anstieg des Budgetdefizits geht auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren und diskretionäre Ausgabenerhöhungen und Steuerensenkungen zurück.*

Übersicht 2: Öffentliche Finanzen in der EU und in den USA

	Finanzierungssaldo des Staates					Staatsschuld, brutto		
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
	In % des BIP							
USA	- 2,7	- 6,4	- 11,3	- 13,0	61,9	70,4	84,8	93,6
Euro-Raum	- 0,6	- 2,0	- 6,4	- 6,9	66,0	69,3	78,2	84,0
Deutschland	+ 0,2	± 0,0	- 3,4	- 5,0	65,0	65,9	73,1	76,7
Frankreich	- 2,7	- 3,4	- 8,3	- 8,2	63,8	67,4	76,1	82,5
Italien	- 1,5	- 2,7	- 5,3	- 5,3	103,5	105,8	114,6	116,7
Spanien	+ 1,9	- 4,1	- 11,2	- 10,1	36,1	39,7	54,3	66,3
Österreich <sup>1)</sup>	- 0,6	- 0,4	- 4,5	- 5,7	59,5	62,6	70,7	75,7
Großbritannien	- 2,7	- 5,0	- 12,1	- 12,9	44,2	52,0	68,6	80,3

Q: Europäische Kommission, Eurostat, WIFO. Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht für alle EU-Länder. 2009, 2010: Prognose der Europäischen Kommission vom November 2009. – <sup>1)</sup> WIFO-Prognose vom September 2009.

Die Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung unterscheiden sich in den einzelnen Ländern deutlich. Vielfach überwiegen Ausgabenerhöhungen durch eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen und der Transfers. Wie Untersuchungen des IWF zeigen, weist eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben einen größeren Multiplikator in Bezug auf das BIP auf als eine Steuerensenkung, weil sie die Nachfrage direkt beeinflusst; allerdings besteht eine Zeitverzögerung zwischen Beschluss und Umsetzung der Maßnahme. In Deutschland, Österreich und Schweden spielen Steuerensenkungen eine wichtige Rolle; ihr Multiplikator ist wegen der hohen Sparneigung aber häufig kleiner. Obwohl die Maßnahmen meist sehr rasch beschlossen und umgesetzt wer-

den können, ergibt sich auch hier eine Verzögerung in der Wirkung wegen der trägen Ausweitung der Nachfrage der begünstigten Bevölkerungsgruppen.

Generell zeigen theoretische und empirische Studien, dass die Multiplikatoren expansiver Fiskalpolitik dann hoch sind, wenn die Auslastung der Kapazitäten niedrig ist, die Geldpolitik akkommodierend wirkt und der Importgrad der Wirtschaft gering ist. Alle drei Determinanten sprechen für hohe Multiplikatorwirkungen in der aktuellen Krise: Der Output-Gap liegt nach Schätzungen des IWF (2009) im Jahr 2009 in den großen Industrieländern zwischen 2% und 7% des potentiellen BIP. Die Geldpolitik ist weltweit expansiv ausgerichtet. Da nahezu alle Länder eine expansive diskretionäre Budgetpolitik betreiben, sind die Sickerverluste durch hohe Importe in den einzelnen Ländern sehr gering. Jedoch könnte die starke Verunsicherung von Unternehmen und privaten Haushalten die Multiplikatoreffekte dämpfen, weil Investitionen nur zögerlich vorgenommen werden und die marginale Sparquote steigt.

Weil sich die Konjunktur nur schleppend stabilisiert und weitere Stimulierungsmaßnahmen wirksam werden, wird sich der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors in den meisten Industrieländern im Jahr 2010 weiter verschlechtern. Die anhaltend hohen Budgetdefizite bewirken zusammen mit den umfangreichen Kapitalbeteiligungen an Finanzinstituten einen sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung. Laut World Economic Outlook des IWF wird diese im Jahr 2010 in den USA brutto 93% des BIP erreichen (2007: 62%), im Euro-Raum 86% (66%). In Italien wird sie die 100%-Marke wieder deutlich übersteigen, in Japan sogar jene von 200%.

Die mittelfristigen Aussichten für die öffentlichen Haushalte hängen vor allem vom weiteren Konjunkturverlauf ab. Bei einem kräftigen Aufschwung würden das Budgetdefizit und – mit einiger Verzögerung – auch die Staatsschuld aufgrund der Belebung der Staatseinnahmen und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit sinken. Eine Verringerung der Defizite der öffentlichen Haushalte setzt voraus, dass der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte abnimmt (und damit die Konsumnachfrage konjunkturbelebend wirkt) und dass die kreditfinanzierten Investitionen des Unternehmenssektors ausgeweitet werden oder sich das Defizit des Auslands erhöht.

Viel wahrscheinlicher als ein kräftiger Konjunkturaufschwung ist in den Industrieländern allerdings ein verhaltenes Wirtschaftswachstum. Damit würden die Budgetprobleme anhalten, auch weil bei hohen Staatsschulden die Zinszahlungen deutlich zunehmen. Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung müssen jedoch mit besonderer Vorsicht gesetzt werden: Eine zu frühe oder zu starke Kürzung von Staatsausgaben und Erhöhung von Steuern könnte die Stabilisierung der Konjunktur gefährden und damit auch die Lage des Staatshaushalts neuerlich beeinträchtigen.

## Arbeitslosigkeit wächst in Industrieländern stark

*Die Wirtschaftskrise schlägt sich in einem deutlichen Rückgang der Beschäftigung und einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder, der auch im Jahr 2010 anhalten wird. Auf mittlere Sicht wird die Arbeitslosenquote hoch bleiben und damit die öffentlichen Haushalte belasten.*

Der Arbeitsmarkt spiegelt die Entwicklung auf den Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten wider. Im Allgemeinen reagiert die Beschäftigung jedoch mit einer deutlichen Verzögerung auf einen Einbruch der Wirtschaftstätigkeit (in den meisten Ländern 6 bis 12 Monate): Zunächst begegnen die Unternehmen einem Auftragsrückgang mit einem Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten. Sie nehmen auch eine gewisse Unterauslastung – besonders von qualifizierten Arbeitskräften – in Kauf. Wenn sich die Konjunkturschwäche als kurz erweist, sind die daraus entstehenden Kosten geringer als jene, die aus Entlassungen und nachfolgender Anwerbung und Schulung entstehen würden.

Je länger die Auftragslage schlecht ist, umso mehr bauen die Unternehmen Arbeitskräfte ab. Zunächst ist Leihpersonal betroffen, dann Geringqualifizierte und erst später Höherqualifizierte. Häufig reagieren Unternehmen auf eine Krise mit einem Aufnahmestopp; dies trifft besonders Jugendliche, die ins Erwerbsleben eintreten, sowie Frauen, die ins Arbeitsleben zurückkehren wollen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hängt also nicht nur von der Tiefe, sondern auch von der Dauer einer Rezession ab. Eine lange Rezession kann einen dauerhaften Anstieg der Arbeitslosenquote mit einem hohen Anteil von Dauerarbeitslosigkeit zur Folge haben: Nach langer Arbeitslosigkeit sind Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr konkurrenzfähig.

Der Rückgang der Beschäftigung schlägt allerdings auf die statistisch erfasste Arbeitslosenquote nicht voll durch, weil auch das Angebot an Arbeitskräften auf die Krise reagiert: Frauen kehren nach der Kinderkarenz später auf den Arbeitsmarkt zurück, und Jugendliche bleiben länger in Ausbildung; zum Teil kehren auch ausländische Arbeitskräfte in ihr Herkunftsland zurück. Im Durchschnitt des Euro-Raums verringert sich die Beschäftigung 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2%, die Arbeitslosenquote steigt um 1,2 Prozentpunkte.

In den USA nahm die Arbeitslosigkeit schon 2008 deutlich zu, weil der Konjunkturabschwung bereits Ende 2007 im Gefolge der Immobilienmarktkrise einsetzte. Besonders massiv ist die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Jahr 2009, sie wird sich auch 2010 abgeschwächt fortsetzen. Zwischen 2007 und 2010 wird sich die Arbeitslosenquote in den USA mehr als verdoppeln: von 4,6% auf 10,3%. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise erreichte die Arbeitslosenquote in den USA im Jahr 1932 allerdings 23,6%.

Übersicht 3: Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in der EU und in den USA

	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
	Arbeitslosenquote in % der Erwerbspersonen				Erwerbstätige, Veränderung gegen das Vorjahr in %			
USA	4,6	5,8	9,2	10,3	+ 1,1	- 0,5	- 3,5	- 1,0
Euro-Raum	7,5	7,5	9,5	10,7	+ 1,7	+ 0,6	- 2,0	- 1,3
Deutschland	8,4	7,3	7,6	9,2	+ 1,5	+ 1,4	- 0,5	- 1,7
Frankreich	8,4	7,8	9,5	10,4	+ 1,5	+ 0,6	- 1,8	- 1,0
Italien	6,1	6,8	7,7	8,9	+ 1,0	- 0,1	- 2,5	- 0,7
Spanien	8,3	11,3	18,2	20,0	+ 2,8	- 0,6	- 6,7	- 2,0
Österreich	4,4	3,8	5,3	5,8	+ 1,7	+ 2,3	- 1,3	- 0,8
Großbritannien	5,3	5,6	8,0	9,2	+ 0,7	+ 0,7	- 2,0	- 1,0

Q: Europäische Kommission, Eurostat, WIFO. 2009, 2010: Prognose.

In Europa blieb die Arbeitslosigkeit 2008 noch weitgehend stabil, 2009 nimmt sie jedoch stark zu. Dennoch war der Rückgang der Beschäftigung gemessen am Produktionseinbruch bislang gering. Dies ist auch auf die erfolgreiche staatliche Subvention von Kurzarbeit zurückzuführen – ein Instrument, das viel stärker als in früheren Abschwungphasen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit eingesetzt wurde. In Deutschland etwa waren im Sommer 2009 rund 1,4 Mio. Arbeitskräfte zur Kurzarbeit angemeldet (Österreich rund 70.000).

Das Instrument der Subvention von Kurzarbeit wird aber mit anhaltender Unterauslastung an Effektivität verlieren, und ein Teil der Kurzarbeit wird – besonders in Deutschland – in Arbeitslosigkeit münden. Im Jahr 2010 wird daher die Arbeitslosigkeit in Europa nur wenig schwächer steigen als 2009. Zwischen 2008 und 2010 dürfte sich die Arbeitslosenquote im Euro-Raum von 7½% auf fast 11% erhöhen.

In der EU verschlechterte sich die Arbeitsmarktsituation vor allem in jenen Ländern, in denen die Immobilienpreisblase platzte. Diese Stütze der Inlandsnachfrage, insbesondere von Wohnbau und Konsum, hatte sich über viele Jahre aufgebaut und fiel gerade in einer Zeit weg, als auch die Exportwirtschaft wegen der internationalen Rezession große Einbußen erlitt. In diesen Ländern wurde die Beschäftigung in der Bauwirtschaft und im Immobiliensektor massiv verringert.

In Spanien etwa ist die Arbeitslosigkeit traditionell hoch, war aber durch den Immobilienboom gedrückt. Die Arbeitslosenquote erreicht hier im Jahr 2010 20% (2007 8,3%). Damit wird sie vor Irland (14%) am höchsten unter allen EU-Ländern sein. Auch Irland verzeichnete aufgrund des Immobilienbooms eine langjährige wirtschaftliche Hausse. Gemeinsam mit der Weltwirtschaftskrise bewirkt das Platzen der Immobilienpreisblase jetzt einen Anstieg der Arbeitslosenquote binnen drei Jahren auf das Vierfache.

Schwächer als in Spanien und Irland wirkt sich das Platzen der Immobilienpreisblase auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Großbritannien aus, weil hier der Wohnbau kaum auf die Hausse der Haus- und Wohnungspreise reagiert hatte (wohl aber

der private Konsum). Die Beschäftigung geht in Großbritannien zwischen 2008 und 2010 um 3% zurück. Die Arbeitslosenquote dürfte zumindest im Ausmaß des Arbeitsplatzabbaus steigen.

In Deutschland war der Konjunkturreinbruch wegen der hohen Investitionsgüter- und Kfz-Exporte besonders ausgeprägt. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wurde jedoch in hohem Maße durch Kurzarbeit aufgefangen. Im Krisenjahr 2009 stieg die Arbeitslosenquote um nur ½ Prozentpunkt auf 7¼%. 2010 dürfte sie jedoch nach der Verringerung der Kurzarbeit um fast 2 Prozentpunkte emporschnellen. Die Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeitslosen sind wegen der Leistungseinschränkungen der letzten Jahre ("Hartz IV") gravierend.

In Frankreich wurden die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt von der Krise weniger getroffen als in den anderen großen europäischen Ländern, weil die französische Wirtschaft stärker auf Konsumgüter spezialisiert ist, deren Absatz wesentlich geringere konjunkturbedingte Schwankungen aufweist als der von Investitionsgütern. Die Beschäftigung geht in Frankreich zwischen 2008 und 2010 mit -2¼% deutlich langsamer zurück als im Durchschnitt des Euro-Raums, die Arbeitslosigkeit wird etwa im Ausmaß des Arbeitsplatzabbaus zunehmen.

Weitgehend wie im Durchschnitt des Euro-Raums entwickelt sich der Arbeitsmarkt in Italien: Die Arbeitslosenquote erhöht sich zwischen 2008 und 2010 um gut 2 Prozentpunkte. Allerdings ist der Arbeitsmarkt gespalten: Jugendliche haben noch mehr als in den anderen europäischen Ländern Arbeitsplätze mit geringem Einkommen ("Praktika-Generation"). Einkommenssituation und Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten im mittleren und höheren Alter sind wesentlich stabiler.

In Österreich entwickeln sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt trotz der Einbußen auf den ostmitteleuropäischen Märkten überdurchschnittlich. Die Beschäftigung geht zwischen 2008 und 2010 um etwa 2½% zurück, die Arbeitslosenquote steigt nach Eurostat-Definition um 2 Prozentpunkte, nach heimischer Definition um 2½ Prozentpunkte, beinahe halb so rasch wie im Durchschnitt des Euro-Raums. Die Einführung der Mindestsicherung stellte viele Personen, die Sozialhilfe beziehen, besser. Allerdings bedeutet die Berücksichtigung des Partnereinkommens für die Notstandshilfe für viele Familien nach Ablauf des Arbeitslosengeldbezugs (meist nach etwa 7 Monaten) empfindliche Einbußen.

Auch in den Jahren nach 2010 wird die Arbeitslosigkeit hoch bleiben. Erfahrungsgemäß kann ein in der Krise erreichter Sockel an Arbeitslosigkeit nur schwer und langsam abgebaut werden. Die anhaltend hohe Arbeitslosenquote belastet einerseits die Sozialbudgets und drückt andererseits die Konsumneigung.

## Literaturhinweise

- Balakrishnan, R., Danninger, St., Elekdag, S., Tytell, I., "The Transmission of Financial Stress from Advanced to Emerging Economies", IMF Working Papers, 2009, (09/133).
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., "Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunktursbelebungsmaßnahmen", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 675-686, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display_mode=2).
- Ederer, St., Marterbauer, M., Walterskirchen, E., "Ursachen der Wachstumsdivergenzen in der EWWU", in Chaloupek, G., Kromphardt, J., Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderung für die Europäische Währungsunion, Metropolis Verlag, Marburg, 2009.
- IWF, World Economic Outlook, Oktober 2009.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Zögerliche Belebung – steigende Staatsschulden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009, Essen, 2009, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37242&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37242&typeid=8&display_mode=2).
- Saha, D., von Weizsäcker J, "Estimating the Size of the European Stimulus Packages for 2009: An Update", Bruegel Policy Contribution, 2009, (2009/02), [http://www.bruegel.org/uploads/tx\\_btbbreugel/pc\\_simulus\\_290609.pdf](http://www.bruegel.org/uploads/tx_btbbreugel/pc_simulus_290609.pdf).
- Scheiblecker, M., "Wirtschaft wächst seit Sommer 2009 wieder. Prognose für 2009 und 2010", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(10), S. 719-730, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37121&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37121&typeid=8&display_mode=2).
- Weale, M. R., "Commentary: Growth Prospects and Financial Services", National Institute Economic Review, 2009, (207), S. 4-6.

### *The World Economy is Recovering, but Cyclical Risks Persist – Summary*

After the deepest decline in decades world trade has recovered since the early summer of 2009. However, most recently its volume has still been about one eighth below the peak of April 2008. The strong impulses for the world economy initially originate from the emerging economies in Asia. China is implementing an extensive stimulus programme to boost investment into infrastructure and private consumption demand. Its effects, which are supported by improved capital market conditions, can be felt in the whole area. The Latin American emerging economies and the oil exporting countries benefit from a rebound of commodity prices.

In the industrialised countries demand is primarily supported by expansionary economic policies. Monetary policy has remained expansionary, the effectiveness of automatic stabilisers of the government budget as well as expenditure increases and tax cuts noticeably strengthen demand. The successful coordination both between monetary and fiscal policies and between countries raises fiscal multipliers. Yet households' increasing propensity to save and companies' hesitation to invest exert a dampening effect on the economy. This applies particularly to the USA, whose stimulus packages, effective in 2009, are twice as large as those of the EU at 2 percent of GDP. By means of substantial expenditures economic policy has succeeded to stabilise the financial system for the time being.

Within the euro area recent trends have been rather heterogeneous. Countries, where a house price bubble burst (e.g., Ireland and Spain) or whose economy exhibits an above-average dependency on exports (e.g., Germany and the Netherlands) have been hit particularly hard by the crisis. In France the recession has been significantly milder, because consumption demand has had a stabilising effect. Real GDP in the euro area is likely to grow by just below 1 percent in 2010. The recovery thus remains very weak. Several factors exert a retarding effect: the low capacity utilisation of the business sector, households' increased propensity to save, a lack of additional fiscal stimulus, the persistently unstable position of many European banks, the appreciation of the euro against the dollar, the attempt of countries with a high current account deficit, such as Spain and Portugal, to correct their external balance without the surplus countries, such as Germany, the Netherlands and Austria, stimulating their domestic demand.

Due to the sharp decline in production the unemployment rate in the euro area has increased substantially. In many countries short-time working schemes have proved a very successful instrument for cushioning the decline in employment. Nevertheless, the unemployment rate is likely to climb to 11 percent of the labour force in 2010. If the economic recovery remains weak, unemployment will be likely to decrease only slowly from a very high base.

The new EU member countries have been hit by the economic crisis in several respects: the recession faced by western trade partners caused a drop in exports and industrial production. The dry-up of capital inflows substantially dampened the debt-financed consumption and construction demand. In several new EU member countries no economic growth is to be expected for 2010 despite the stabilisation of the global economy. Under the pressure of international investors austerity packages are devised. Especially in Hungary, Romania and the Baltic countries fiscal policy has a strong pro-cyclical effect.